

Oberbürgermeister im KiFaZ Goldstein

Oberbürgermeister Peter Feldmann besucht in Frankfurt regelmäßig die Bürger. Nun nahm er Kontakt zu den Bürgern im Heisenrath auf. Zuvor kam er zu uns ins KiFaZ Goldstein. Mit dabei waren Herr Henning Brandt, Leiter der Verwaltungsstellen Höchst, Vertreter/Innen aus dem Stadtteil, der Polizei und Bürger. Oberbürgermeister Peter Feldmann berichtete über die Entwicklung in Goldstein und seinen Einsatz für den Stadtteil. Wir stellten das KiFaZ Goldstein vor und berichteten von unseren Angeboten. Es kamen auch schon die ersten Fragen zur Wohnsituation im Heisenrath auf. Im Anschluss erfolgte ein Rundgang durch den Heisenrath. Zum Empfang gab es von unserer Hauswirtschaftskraft Frau Schmidt noch einen kleinen Imbiss, der allen gut schmeckte.

Jeanette Kreß



von links: Hr. Brandt (Leiter der Verwaltungsstelle Höchst), Fr. Zeni (Stv. Leitung KiFaZ Goldstein), Fr. Kreß (Leitung und Koordinatorin KiFaZ Goldstein), Hr. Feldmann (Oberbürgermeister), Fr. Schiffler (Familienbildung im KiFaZ Goldstein)

Foto: Kita

Kita Sternenhimmel - HR 3 Kürbiswette - Wir machen mit!

Im April 2017 erreichte uns eine E-Mail vom Hessischen Rundfunk mit der Information, dass es eine Kürbiswette mit den Moderatoren der Morning Show geben wird. Als treue HR3 Hörerin, die von dem Duo „Tanja und Tobi“ morgens immer lustig unterhalten in den Tag gebracht wird, war das Interesse an dieser Wette teilzunehmen natürlich direkt geweckt.

Innerhalb weniger Tage sind die Kürbissamen dann auch in der Kita angekommen.

Unsere Idee war es mit dem HR zu verhandeln! Natürlich haben wir schon vor dem Einpflanzen der Samen vorausgesetzt, dass wir diesen Wettbewerb gewinnen. Der Hauptgewinn sollte eine Halloween Party mit allem Drum und Dran sein.

Als evangelische Kindertagesstätte hätten wir nach unserem Plan daraus ein St.Martins-Fest mit allem Drum und Dran gemacht!!! Für unsere Kinder und ihren Familien wäre das mit Sicherheit ein riesen Ereignis geworden. Ein Erlebnis, bei dem Funk und Fernsehen EXTRA für unsere Einrichtung anreisen und dann natürlich auch senden und berichten.

In meinen Ohren habe ich die Kinder schon erzählen gehört, dass sie sich selbst oder Freunde und Verwandte im Fernsehen gesehen haben. Aber leider wollten unsere Kürbisse nicht so richtig wachsen. Trotz liebevoller Pflege und ganz neugierigen Beobachtungen der Kinder haben die Kerne das Keimen verweigert.....

Aber es war ein schöner Traum.

Angelika Meischatz



„Beim Keimling war die Hoffnung noch grün“

Foto: Kita

Hohe Kita Qualität wird betont

Berlin, 28. August 2017 – Anlässlich des 10. Jubiläumstags des damaligen „Krippengipfels“, der seinerzeit den Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz auch für unter Dreijährige begründete, und des aktuellen Ländermonitors der Bertelsmann-Stiftung betonen die Familienorganisationen die Bedeutung einer hohen Qualität in Kitas und fordern dafür bundesweit einheitliche Standards.

„Der Krippengipfel war damals ein wichtiger Schritt,“ erklärt Stefan Becker, der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft der Familienorganisationen (AGF), „seitdem hat sich insbesondere im quantitativen Ausbau der Kitaplätze enorm viel getan. Aber die aktuelle Situation ist nach wie vor nicht befriedigend. Eltern fordern ebenso, sich auf die Qualität in der Kita verlassen zu können – unabhängig davon, in welchem Bundesland oder in welcher Kommune sie wohnen. Dafür braucht es bundesweit einheitliche, wissenschaftlich fundierte Standards“, fordert Becker weiter.

Diesen Schluss zieht auch die Bertelsmann-Stiftung aus ihrem aktuellen „Ländermonitoring Frühkindliche Bil-

dungssysteme“, in dem jährlich die Situation der frühkindlichen Bildungssysteme in den Bundesländern dargestellt wird. Hier wird auch in diesem Jahr deutlich, dass die Qualität der Kitabetreuung, insbesondere hinsichtlich des Personalschlüssels, regional höchst unterschiedlich ausfällt.

In einer gemeinsamen Erklärung haben 31 Kinderrechts-, Familien- und Wohlfahrtsverbände, Gewerkschaften, Kitaträger und weitere Organisationen bereits in den vergangenen Monaten mehrfach gezielt dazu aufgerufen, bundesweit einheitliche Qualitätsstandards zu etablieren. Die gemeinsame Erklärung findet sich unter <http://www.ag-familie.de/home/kitastandards.html>.

Die Familienorganisationen haben hierzu konkrete Qualitätskriterien vorgelegt, zu denen sie jeweils inhaltliche Vorschläge vorlegen. So fordern sie z. B. eine Höchstgrenze von maximal vier Kindern pro Fachkraft für unter Dreijährige. Die Familien sollen einen Anspruch auf ein Ganztagsangebot haben, die Betreuungskosten dürfen die Leistungsfähigkeit der Familien nicht übersteigen. Außerdem

soll die Qualifikation der pädagogischen Fachkräfte verbessert werden und diese teilweise über eine Hochschulausbildung verfügen. Insgesamt fordern die Familienorganisationen eine Bildungs- und Erziehungsarbeit in den Kitas, die stärker als bisher auf die individuelle Begleitung und Unterstützung des einzelnen Kindes sowie auf eine gute Erziehungspartnerschaft von Eltern und Einrichtungen abzielt. Die gesamten Vorschläge finden Sie als Download unter

http://www.ag-familie.de/media/docs16AGF_Position_Kitaqualitaet_April16.pdf.

Die Familienorganisationen fordern nun eine schnelle Umsetzung der Qualitätskriterien und rufen die beteiligten Akteure auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene dazu auf, möglichst umgehend entsprechende Schritte gemeinsam zu erarbeiten und die Finanzierung dafür sicherzustellen. Die Aufnahme dieser Ziele in den kommenden Koalitionsvertrag ist dazu ein erster wichtiger Schritt.

AGF

Apfelbäumchen pflanzen so geht's richtig

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

In unserer letzten Ausgabe haben wir über die geplanten kleinen und größeren Projekte der Tageseinrichtungen für Kinder rund um das Apfelbäumchen berichtet.

Diese Woche strahlte der Hessische Rundfunk, passend zur Jahreszeit,

einen Bericht aus, was beim Pflanzen zu beachten ist und wie es richtig funktioniert.

Wir wünschen allen Projektteilnehmern, ob klein oder groß, viel Spaß und gutes Gelingen!

Nicole Schleiffer

Der Link zum Beitrag:

<http://www.ndr.de/ratgeber/garten/nutzpflanzen/Apfelbaeume-pflanzen-und-pflegen,aepfel133.html>

Schultüte war gestern

Wenn die Einschulung zum Event wird

Am 15. August begann für 88.750 Erstklässler in Hessen und Rheinland-Pfalz die Schule. Die Einschulung ist ein wichtiger Lebensabschnitt. Seit jeher wird das Ereignis gefeiert, doch das "Wie" hat sich verändert. Daran muss sich auch Kirche gewöhnen.

„Unserem Felix gratulieren wir heute sehr, Dir fällt die Schule ganz bestimmt nicht schwer.“ Herzliche Worte gibt es von den Eltern für ihren kleinen Felix, der ab sofort gar nicht mehr so klein ist. Er geht am 15. August zum ersten Mal in die Schule, so wie 54.000 andere Erstklässler in Hessen und 34.750 in Rheinland-Pfalz. Bunte Anzeigen mit Bild und lieben Grüßen zum ersten Schultag sind mittlerweile zumindest in Lokalzeitungen weit verbreitet. Auch die Einschulung selbst wird prominenter gefeiert. Da wo es früher noch eine bunt gefüllte Schultüte mit Glitzerbleistift und Schokoriegel gab, erwartet die Schüler heute darüber hinaus ein wahres Event. Der Lebensabschnitt der Einschulung gewinnt seit etwa 25 Jahren immer mehr an Bedeutung, beobachtet auch der Religionspädagoge David Käbisch von der Goethe-Universität Frankfurt. In theologisch-wissenschaftlichen Kreisen spricht man sogar von einer zusätzlichen Kasualie neben Taufe, Hochzeit und Trauerfeier. Kasualie, das heißt für Käbisch ein Ritual an einem Wendepunkt des Lebens. Der Schulbeginn ist eine solche Wende, sowohl

für die Kinder als auch für die Eltern. Die Einschulung wird nach den Worten von Käbisch vor allem von den Eltern als größerer Einschnitt empfunden. Mutter und Vater gehen viele Fragen durch den Kopf, wie „kann ich mein Kind wirklich alleine lassen? Kümmern sich die Lehrer auch gut um mein Kind?“ Genau das liegt mit Beginn der Einschulung nicht mehr länger in den Händen der Eltern, deswegen wird das Bedürfnis nach Gottes Segen stärker, erklärt Käbisch. Der Religionspädagoge begrüßt es zwar, dass sich die Einschulung als neue Kasualie etabliert hat, die Stühle in der Kirche beim Einschulungsgottesdienst alle besetzt sind und Religion anscheinend doch nicht so ganz aus dem Leben der Menschen verschwunden ist. Dennoch sieht er den dahinterliegenden Trend zur Selbstinszenierung kritisch.

Ähnlich wie bei Hochzeiten, bei denen heute ein „Weddingplaner“ zum guten Stil gehört, steht auch die Einschulung immer mehr im Scheinwerferlicht. Diesen Trend der Selbstdarstellung findet auch die Schulpsychologin Petra Schuster-Böck problematisch, die an 17 Schulen im Landkreis Fulda arbeitet. Kinder, deren Eltern sich nicht das neuste Schulranzenmodell für ihren Sprössling leisten können, würden somit von Anfang an ausgeschlossen. Und auch wenn die netten Anzeigen, wie für den kleinen Felix, von den Eltern eigentlich nur gut gemeint sind. „Das kann auch Druck auf die Schüler ausüben, Leistung zu bringen“, warnt die Psychologin. Die Kirche sieht das gewachsene Interesse an Einschulungsfeiern zwar positiv, beklagt aber auch Defizite. Oftmals seien Lieder und Gebetstexte Kindern und Eltern nicht mehr geläufig, und viele der „Erstis“ gehörten anderen Religionen an wie etwa dem Islam. Wenn Kirche das Event der Einschulung weiterhin mitgestalten will, muss der Einschulungsgottesdienst nach den Worten von Käbisch eine „entlastende“ und „integrierende“ Funktion haben: entlastend, um Kindern und Lehrern den Übergang in diesen neuen, wichtigen Lebensabschnitt zu erleichtern, integrierend, um zwischen allen Schülern das Gefühl einer Gemeinschaft entstehen zu lassen.



Carina Dobra (epd)

Mehr islamischer Religionsunterricht

Der islamische Religionsunterricht in Hessen wird im neuen Schuljahr noch einmal ausgeweitet. Kultusminister Alexander Lorz (CDU) kündigte am 10. August in Wiesbaden an, dass der in Zusammenarbeit mit der Ahmadiyya-Gemeinde und dem türkischen Ditib-Verband gestaltete Unterricht ab 14. August erstmals auch in fünften Klassen und damit in weiterführenden Schulen erteilt wird. Die von seinem Ministerium in Auftrag gegebenen Gutachten über die Rolle der umstrittenen Ditib in Hessen sollen Lorz zufolge noch in diesem Jahr vorgelegt werden. Eine Gefahr für die Fortsetzung des islamischen Religionsunterrichts sehe er aber nicht. Über Ditib als Partner des Kultusministeriums wird vor allem wegen des autokratischen Kurses von Staatspräsident Recep Tayyip Erdogan in der Türkei und seinem harten Vorgehen gegen Oppositionelle gestritten. Lorz betonte aber, dass der bekenntnisorientierte islamische Religionsunterricht in Hessen nur von hier ausgebildeten Lehrkräften des Kultusministeriums erteilt wird und nicht etwa von türkischen Imamen. Zudem gebe aus der schulischen Praxis in ganz Hessen bislang keine einzige Beanstandung im Hinblick auf Unterrichtsinhalte oder Lehrkräfte.

Lorz sagte, er wolle dem Ergebnis der drei Gutachter - aus islam-, rechts- und politikwissenschaftlicher Sicht - nicht vorgreifen. Da die Lehrkräfte und Lehrpläne da seien, könne der Unterricht aber in jedem Fall weiter erteilt werden. Diese Lehrpläne gelten bis einschließlich der Jahrgangsstufe 6. Bisher war der islamische Religionsunterricht ausschließlich in Grundschulen bis Klasse 4 erteilt worden. Mit der fünften Klasse kommen jetzt zu den nunmehr 56 Grundschulen noch 13 weiterführende Schulen neu hinzu. Insgesamt sind dann in dem am 14. August begonnenen neuen Schuljahr hessenweit 3.349 Schüler für islamischen Religionsunterricht angemeldet, darunter 144 Fünftklässler. Erteilt wird er von 87 eigens dafür ausgebildeten Lehrkräften.

Die Gesamtzahl aller Schüler in Hessen liegt mit rund 771.000 in etwa auf dem Niveau des Vorjahres. Wieder steigende Schülerzahlen werden nach Angaben des Kultusministers aber vor allem bei den Jüngsten verzeichnet. So gibt es im neuen Schuljahr etwa 54.000 Erstklässler und damit 1.000 mehr als vor einem Jahr. Die Zahl der Lehrerstellen in Hessen steigt 2017/18 auf ein Allzeithoch von rund 53.000. Lorz räumte ein, dass

zum Schuljahresbeginn an den Grundschulen noch 100 Stellen unbesetzt sind. Das entspreche einem Prozent der Grundschullehrerstellen in Hessen. Eine Rückfrage bei allen 1.068 Schulen des Landes dieser Art habe aber ergeben, dass die Grundversorgung, also die Abdeckung des Regelunterrichts, in allen Fällen zu 100 Prozent gesichert sei. Lorz wies darauf hin, dass in Hessen zusätzliche Lehrerstellen für vier bis fünf Prozent über die Grundversorgung sowie weitere für Inklusion, Ganztagsbetreuung und Sozialindex bereitstehen.

Die wieder steigenden Schülerzahlen lägen sowohl an der Zuwanderung von allein rund 38.000 Seiteneinsteigern in Hessen, zu denen neben Flüchtlingen auch Migranten aus der Europäischen Union und eine Binnenwanderung vor allem in die Ballungszentren beitrügen, als auch an höheren Geburtenzahlen. Der Markt an Bewerbern gerade für Grund- und Förderschulen sei inzwischen weitgehend leergefegt.

epd

Bewegungs- und Lernprogramm: Mach mit!

Nach dem bundesweiten Erfolg in Schulen startet jetzt das Bewegungs- und Lernprogramm "Olympia ruft: Mach mit!" auch in Kindertagesstätten. Das kostenfreie Programm ist für jede Einrichtung der frühen Bildung (0 bis 6 Jahre) geeignet.

Mit diesem Angebot finden Erzieher/innen und pädagogisches Fachperso-

nal Unterstützung darin in die Bereiche Gesundheitsförderung, Bewegtes Lernen, Inklusion & Paralympics, Fairplay & Teamentwicklung sowie Globales Lernen langfristig in den Kita-Alltag zu integrieren. Hierbei wird die Gesundheit der Kinder als auch der Mitarbeiter/Innen gezielt in den Fokus gestellt.

Termin für die Kick-Off-Veranstaltung in Frankfurt ist der 16.11.2017.

Anmeldung unter:

www.symbioun-events.de

Der Anmeldecode lautet:

symbioun-events

Kinderarmut bekämpfen – Aktionsplan notwendig

Die Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen (AGF) e.V. und das Deutsche Kinderhilfswerk fordern anlässlich der im Juni stattgefundenen Bundestagsdebatte über den 5. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung einen umfassenden, ressortübergreifenden Aktionsplan zur Bekämpfung der Kinderarmut in Deutschland. In einem gemeinsamen Brief an die Partei- und Fraktionsvorsitzenden von CDU, CSU, SPD, Linken und Grünen sowie an Bundessozialministerin Andrea Nahles und Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig appellieren die Verbände eindringlich, die Bekämpfung der Kinderarmut zu einer politischen Aufgabe ersten Ranges zu machen, die auch nach der Bundestagswahl Bestand hat.

Ziel muss es sein, einen Aktionsplan zur Bekämpfung von Kinderarmut zu erstellen, der mit ausreichend finanziellen Mitteln ausgestattet ist und mehrdimensional an den verschiedenen Lebenslagen von Kindern ansetzt. Dieser Aktionsplan sollte daher alle relevanten Politikbereiche umfassen: Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik, Familien- und Bildungspolitik, Gesundheits- und Sozialpolitik sowie Stadtentwicklungs- und Wohnungs(bau)politik.

Wörtlich heißt es in dem Brief: „Wir fordern Ihre Partei auf, sich umgehend für erste Schritte zur Bekämpfung von Kinderarmut einzusetzen. Dazu gehört die Neuberechnung der Regelbedarfe. Die geltenden Regelbedarfe haben in der Ermittlung methodische Schwächen und halten den sozialrechtlichen Mindestbedarf von Kindern künstlich klein. Sie entsprechen insgesamt nicht dem notwendigen soziokulturellen Existenzmini-

um und sollten auf ein Niveau angehoben werden, das echte gesellschaftliche Teilhabe möglich macht. Zügig umzusetzen ist darüber hinaus die Vereinfachung und Entbürokratisierung von Leistungen für Kinder. Bislang sind viele der sozial- oder familienpolitischen Leistungen bei unterschiedlichen Behörden oder Ämtern zu beantragen. Wichtig ist, dass dort jede Tür zu allen Hilfen führt, die Kindern und Familien zur Verfügung stehen. Zudem sollten aus unserer Sicht die Hauptrisikogruppen für Kinderarmut, also Kinder von Alleinerziehenden, Kinder in Mehrkindfamilien und Kinder mit Migrationshintergrund besonders in den Blick genommen werden. Auch die Verhandlungen zur Erhöhung der Betreuungsqualität zwischen Bund und Ländern, wie zuletzt bei der Jugend- und Familienministerkonferenz in Quedlinburg, müssen fortgesetzt werden. Bundesweite verbindliche Mindeststandards für die Qualität frühkindlicher Bildungseinrichtungen sind ein Schlüssel für bessere Zukunftschancen, denn insbesondere benachteiligte Kinder profitieren von einer personellen Ausstattung mit gut qualifiziertem Personal und individueller Förderung.“

„Diese Maßnahmen müssen ausreichend finanziert werden, dabei sind alle Verantwortungsebenen, also Bund, Kommunen und Länder einzubeziehen. Eine ernsthafte politische Auseinandersetzung mit dem Thema Kinderarmut erkennt nicht nur die Würde und die Rechte der Kinder und Jugendlichen im Hier und Jetzt an, sondern ist auch eine Investition in die Zukunft der Gesellschaft. Für junge Menschen müssen neben der materiellen Absicherung für eine erfolgreiche Armutsprävention infrastrukturelle Rahmenbedingungen geschaf-

fen werden, die ihnen gleiche Teilhabe- und Bildungschancen ermöglichen, wie anderen Gleichaltrigen“, betont Thomas Krüger, Präsident des Deutschen Kinderhilfswerkes.

„Da arme Kinder in der Regel in armen Familien leben, müssen politische Maßnahmen zur Beseitigung der Armut sowohl bei den Familien als auch bei den Kindern und Jugendlichen direkt ansetzen. Armut ist nicht nur materielle Unterversorgung, sondern wirkt sich gerade bei Kindern und Jugendlichen negativ auf ihre Zukunftschancen aus: sie verhindert soziale Teilhabe, verbaut Bildungszugänge und beeinträchtigt die psychische und physische Gesundheit. Je länger ein junger Mensch unter Bedingungen von Ausschluss Erfahrungen und Armut aufwächst, desto größer wird die Wahrscheinlichkeit von sozialen und wirtschaftlichen Risiken auf Lebenszeit“, sagt Stefan Becker, Vorsitzender der AGF.

Das Deutsche Kinderhilfswerk und die in der AGF zusammengeschlossenen Familienverbände fordern die Parteien auf, im bevorstehenden Wahlkampf sowie in der kommenden Legislaturperiode die Armutsproblematik von Kindern und Familien besonders in den Blick zu nehmen und spezifische Maßnahmen zu verankern, die erstens kurzfristig Abhilfe schaffen und zweitens das System langfristig strukturell umgestalten. Ein erster Schritt wäre hierbei die Bekämpfung von Kinderarmut als prioritäres Ziel im nächsten Koalitionsvertrag festzuschreiben. Jedem Kind ein Aufwachsen ohne Armut zu ermöglichen sehen die Verbände als staatliche Pflicht.

AGF